

**Beschlossen auf dem 58. Schleswig-Holstein-Tag der JUNGEN UNION
am 9. April 2005 in Heide**

EU-Waffenembargo gegen China

Die Bundesregierung wird aufgefordert:

1. die Aufhebung des EU-Waffenembargos gegen die VR China zu verhindern
2. zusammen mit der EU und den USA auf Russland und Israel einzuwirken, damit sie die Waffenlieferungen nach China stoppen.
3. sich im europäischen und internationalen Rahmen dafür einzusetzen, dass China kurzfristig abrüstet und die Drohungen gegen Japan und Taiwan unterlässt.